

### **Familienbund fordert familienfreundliche Neujustierung der Corona-Schutzmaßnahmen / Verband befürchtet hohe Kollateralschäden für Familien**

Eltern und Kinder zahlen nach Ansicht des Familienbundes der Katholiken durch die anhaltenden Corona-Schutzmaßnahmen einen allzu hohen Preis. Eine angemessene Unterstützung von Familien durch die Politik fehle bislang. Der Familienbund fordert eine rasche, aber behutsame Rückkehr zu einer familiären Normalität, die dem Leistungsvermögen von Eltern und Kindern entsprechen, aber auch den Ansteckungsrisiken mit Corona in der Gesellschaft Rechnung tragen. Familienbund-Präsident Ulrich Hoffmann fordert heute in Berlin von der Politik eine lebensgerechte Neubewertung der Corona-Lage und eine endlich spürbare Unterstützung von Familien, die den Namen verdiene. „Je länger die Politik ihre weitreichenden Schutzmaßnahmen aufrechterhält, desto größer werden auch die Belastungen und Schäden, die sie in Familien hinterlassen. Während viele Eltern zwischen Sorgearbeit, Homeschooling und Erwerbsarbeit an der Belastungsgrenze auf den Burnout zusteuern, werden fehlende Beziehungen, räumliche Enge und überforderte Eltern unweigerlich Spuren in den Seelen von Kindern hinterlassen. Das kann so nicht bis September weitergehen. Vier weitere Monate Quasi-Quarantäne sind Familien nicht zumutbar. Die Politik hat die Lebensrealität von Familien nicht im Blick, wie die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz dieser Tage zeigen. Der Politik droht durch die einseitige Beratung durch Virologen der Blick für die gesamtgesellschaftliche Situation verloren zu gehen. Wir brauchen für derart weitreichende politische Entscheidungen aber eine belastbare Studienlage, auch zum Übertragungsrisiko von Corona durch Kinder.“ Hoffmann fordert weitaus mehr und kreativeres Engagement der Politik, um die zunehmenden Kollateralschäden der Corona-Maßnahmen für Familien zu begrenzen.

Berlin, den 30. April 2020 – „So wichtig es heute ist, älteren und vorerkrankten Menschen den größtmöglichen Schutz vor einer Corona-Infektion zu bieten, so geboten ist es auch, Eltern und Kindern weiter ein menschenwürdiges und entwicklungsgerechtes Leben zu ermöglichen. Diese zwei Seiten des Lebensschutzes dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren“, erklärte Hoffmann.

„Familien leisten in diesen Wochen Außerordentliches, viele an der Grenze des Möglichen, finanziell, körperlich aber auch vor allem seelisch, Kinder ebenso wie Eltern. Diese enorme Belastung muss die Politik endlich zur Kenntnis nehmen und in ihren Handlungsstrategien spürbar berücksichtigen. Dazu gehört eine rasche, aber behutsame, an die nötigen Hygienestandards und Vorsichtsmaßnahmen orientierte Öffnung der Kindergärten, Schulen und Spielplätze, wie sie Länder wie Dänemark bereits vormachen, hierzulande durchaus angepasst an die Infektionslage in den jeweiligen Bundesländern.“

**„Die für Familien ergriffenen finanziellen Maßnahmen sind noch lange nicht ausreichend, wenn man bedenkt, dass Familien gerade in dieser Zeit unerlässliche gesellschaftliche Aufgaben übernehmen“**

Daneben müssten die Familien in Deutschland auch endlich finanziell von der Politik unterstützt werden, forderte Hoffmann weiter. „Während einzelnen Wirtschaftsbranchen bereits mit Subventionen in Milliardenhöhe unter die Arme gegriffen wird, sind die für Familien ergriffenen finanziellen Maßnahmen noch lange nicht ausreichend, wenn man bedenkt, dass Familien gerade in dieser Zeit unerlässliche gesellschaftliche Aufgaben übernehmen. Auch hat es oft noch keine Erstattungen von Kitagebühren, Geld für Schulspeisungen und Betreuungskosten im Schulhort an Eltern gegeben. Das ist jetzt dringender denn je! Denn Kurzarbeit führt jetzt ohnehin für viele Eltern zu einem deutlich geringeren Haushaltseinkommen.“

Kommen müsse nach Hoffmanns Worten auch ein Corona-Erziehungsgeld, das den erheblichen zusätzlichen Sorgeaufwand von Eltern finanziell honoriert. „Die ohnehin seit Jahren nicht ausreichenden Regelbedarfe in der Grundsicherung müssen gerade jetzt erhöht werden. Der Familienbund hält eine Erhöhung von 100 Euro für angemessen. Als politisches Zeichen der Solidarität mit Familien müsste die Bundesregierung auch die im Koalitionsvertrag versprochene zweite Stufe der Kindergelderhöhung rasch umsetzen. Für Familien zählt jetzt jeder Cent. Was immer die Politik mit Blick auf die Bekämpfung der Corona-Ausweitung auch unternimmt, sie muss bei jedem Schritt die Lebenslage der großen Bevölkerungsgruppe von über elf Millionen Familien fest im Blick behalten. Damit endlich anzufangen, ist höchste Zeit!“

#### **Ohne Familien ist kein Staat zu machen.**

Der Familienbund der Katholiken ist der mitgliederstärkste Familienverband Deutschlands. Ihm gehören 25 Diözesan-, 10 Landes- sowie 13 Mitgliedsverbände an. Seit 65 Jahren setzt sich der familienpolitische Fachverband für eine familiengerechtere Gesellschaft ein. Der Verband versteht sich als „Stimme der Familien“ – als Interessenvertretung aller Familien in Gesellschaft, Politik und Kirche. Die Rahmenbedingungen für Familien müssen nach Ansicht des Familienbundes so gestaltet sein, dass jede Familie – unabhängig von ihrer jeweiligen Ausprägung – bestmöglich gelingen kann.

#### **Pressekontakt:**

Familienbund der Katholiken – Bundesverband  
Sascha Nicolai  
Pressesprecher  
Politische Grundsatzfragen  
Littenstraße 108, 10179 Berlin

Tel.: +49 (0)30 326 756 16  
Fax: +49 (0)30 326 756 20  
E-Mail: nicolai@familienbund.org

[www.familienbund.org](http://www.familienbund.org)  
[www.rente-sich-wer-kann.org](http://www.rente-sich-wer-kann.org)  
[www.elternklagen.org](http://www.elternklagen.org)

